



Die Bielefelder Wohnungspolitik bleibt ein politisch gewollter Widerspruch. Alle wissen vom Wohnungsmangel, von explodierenden Mietpreisen und alle betonen, diese Entwicklung aufhalten zu wollen. Nur im Stadtrat stimmen die anderen Parteien außer den LINKEN dann gegen den Bau von bezahlbaren Wohnungen und somit gegen den Willen der Bevölkerung.

Die zum Jahreswechsel geplante Neufassung des Mietpreisspiegels reiht sich in diesen Skandal bestens ein: bei der Erstellung dieser sollen "Vermieter, Makler und Mieter beteiligt" werden, am Ende soll der Mietspiegel "Mieter vor übersteuerten Wohnungsmieten schützen" (Neue Westfälische, 06.09.2017), "er ist qualifiziert" und sogar "ein Gemeinschaftsprodukt" (Westfalen-Blatt, 06.09.2017). Wie aber soll er all diese Qualitäten entfalten, wenn die Fragebögen ausschließlich an 7.500 zufällig ausgewählte VERmieter gehen und die Fragen für eben diese ausgelegt sind, um Anhaltspunkte zu geben, "zu erkennen, ob ihre Mietforderungen möglicherweise deutlich niedriger sind als in vergleichbaren anderen Immobilien" (NW, 06.09.2017).

"Es reicht scheinbar nicht, dass die Stadt sich weigert, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Mietpreise damit wieder auf ein für alle finanzierbares Niveau zu lenken - nein, sie unternimmt auch noch alles, um die Mietpreise noch weiter zu erhöhen und manche Mieter damit weiter in Existenzsorgen zu treiben",

stellt Friedrich Straetmanns, Bundestagskandidat der LINKEN fest. "Ganz nach dem Prinzip des freien Markts sollen sich private Eigentümer bei der Festsetzung ihrer Mieten übertrumpfen und bloß nicht weniger Geld einnehmen als es laut Mietspiegel ein anderer für vergleichbaren Wohnraum tut. Es ist ein Skandal, wie hier mit der Notlage zehntausender Menschen gehandelt wird. Die Interessen von Vermietern und Maklern werden so auf eine so hinterhältige Weise, die

Neuer Mietspiegel für neue Mieterhöhungen - Kampf gegen Wohnungsmangel sieht anders aus!

Geschrieben von: Dirk Schmitz

Mittwoch, den 06. September 2017 um 11:57 Uhr

auch noch als 'wissenschaftlich' gekleidet wird, gefördert. Wenn die Politik dieser Stadt schon nicht die Interessen ihrer Bevölkerung vertritt und gar gegen sie handelt, dann soll dies auch nicht als Initiative zum Schutz der Mieter vor übersteuerten Wohnungsmieten verkauft werden. Hört auf, die Menschen dieser Stadt zu belügen, und ergreift endlich die einzig wirkliche Maßnahme, nämlich städtischen Wohnungsbau!", fordert Straetmanns.